



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Interessenvertretung und Bundesrat

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Interessenvertretung und Bundesrat



nteressenvertretung ist das Schlagwort unsrer Zeit, der elektrische Funke, der die Herzen des Volkes lebhafter schlagen macht, die Flut, die die trägen Volksmassen aufrührt, mit fortreißt und zu neuen Gestaltungen drängt.

Das Ende des achtzehnten Jahrhunderts hatte die Welt mit dem Gedanken der politischen Freiheit und Gleichheit beschenkt. Der Widerstand mittelalterlicher Staatsgestaltung dagegen war bald gebrochen, und siegreich hat die Fahne der politischen Freiheit und Gleichheit die Welt erobert. Der Traum, der unsre Väter und Großväter zu Anfang dieses Jahrhunderts erfüllte, ist längst zur Wirklichkeit geworden, aber — das Glück ist ausgeblieben, und neue Träume von Glück und Wohlfahrt haben sich der Volksseele bemächtigt.

Die Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts hat die Welt erkennen lassen, daß politische Freiheit und Gleichheit nur wesenslose Schatten sind, unter deren Herrschaft sich ein Grad von bürgerlicher und sozialer Ungleichheit und Unfreiheit gebildet hat, wie er in der Geschichte der Menschheit kaum jemals dagewesen ist. Statt des verheißenen Menschenglücks ist ein Massenelend über die Welt hereingebrochen, das durch die Anhäufung von irdischen Gütern in einzelnen Händen nur um so greller beleuchtet wird. Kein Wunder, daß die Völker aus den Träumen ihrer politischen Kindheit erwachen, und der Schrei nach Brot statt der gebotnen Steine in allen Kreisen der Bevölkerung ertönt. Ihn beschwichtigen wollen wäre kindisches Bemühen, vergeblich wie der Versuch, den Orkan aufzuhalten, der über die Länder segt. Wer sich ihm entgegenstellt, wird niedergeworfen, und wäre er der mächtigste Mann der Erde. Nur wer mit dem Sturme segelt, kann die Macht des Sturms überwinden und sein Schiff im sichern Hafen bergen.

Der Ruf nach Interessenvertretung, der heute aus allen Gauen Deutschlands ertönt von dem wilden, rauhen Wutschrei der Sozialdemokraten und Antisemiten bis zu den Klageliedern der Handwerker und Landwirte, deutet den kommenden Sturm an. Der erfahrene Pilot hat seine Anzeichen längst bemerkt und den Mann am Steuerruder gewarnt. Möge dieser rechtzeitig seine Vorbereitungen treffen und das Staatsschiff in ruhiges Fahrwasser leiten. Das ist die große Aufgabe, vor der die deutsche Staatsleitung heute steht. Die Bewegung sich selbst überlassen, hieße einfach die Konfusion zum Regierungsprinzip machen. Die Politik des *laissez aller* — *la politique des imbecils* — wäre einer solchen Bewegung gegenüber ein Verbrechen. Wir bedürfen einer rettenden That, wenn der Wirrwar, die Zerfetzung, das politische Babel nicht unheilbar werden soll! Werden die Männer am Ruder dieser Aufgabe gewachsen sein?

Graf von Caprivi hat die Führer der agrarischen Bewegung davor gewarnt, einen Sturm zu entfesseln, den zu bannen sie leicht die Macht verlieren könnten. Er hat die Konservativen gemahnt, die demagogischen Bahnen zu verlassen, in die der Antisemitismus eingelenkt habe. Vergebliche Mühe! Bewegungen von so elementarer Gewalt wie die Sozialdemokratie, der Antisemitismus, die agrarische Frage werden überhaupt nicht gemacht, sie machen sich selbst. Der einzelne ist nur Werkzeug, nicht Urheber, er schiebt nicht, er wird geschoben, und wenn er zurücktritt, so treten zehn andre an seine Stelle. Warnungen, auch die wohlgemeintesten, haben solchen elementaren Kräften gegenüber meist die entgegengesetzte Wirkung, sie vergrößern die Macht des Sturmes, statt ihn zu besänftigen. Demagogisch nannte man den Aufschrei des Volkes, sich selbst zu helfen. Gewiß! Demagogisch ist alles, was das Volk selbst machen muß, weil es ihm von seinen berufenen Leitern versagt wird. Demagogisch ist vor allen Dingen das allgemeine Stimmrecht. Kann man sich wundern, wenn das Volk nach sechsundzwanzigjähriger vortrefflicher Schulung durch die politischen Parteien endlich die Waffe für sich gebrauchen lernt, die es bisher nur im Interesse anderer geschwungen hat? Ist das nicht die notwendige und unausbleibliche Folge unsrer fundamentalsten Verfassungsbestimmung, eine Folge, die jedes politische Kind schon 1867 voraussehen konnte? Was soll also der Vorwurf „demagogisch“ einer solchen demagogischen Verfassung gegenüber bedeuten? Was will man damit erreichen? Sieht Graf Caprivi nicht, daß gerade der Aufschrei unsers Volkes nach Interessenvertretung vielleicht die Möglichkeit bietet, aus den demagogischen Unmöglichkeiten, die die Reichsverfassung nun einmal geschaffen hat, auf gesetzlichem Wege herauszukommen? Wohlgemerkt, wenn die Bewegung richtig gewürdigt und staatsmännisch geleitet wird! Das ist die Aufgabe der Reichsregierung.

Doch wie ist diese Aufgabe zu erfüllen?

Nun, es führen viele Wege nach Rom, der eine schwieriger und steiler

als der andre, und in einer Frage, deren Lösung durch bisher unbekannte Gebiete führt, hat jeder Pionier das Recht und die Pflicht, zu sprechen, wenn er in dieser unwegsamen Gegend einen Pfad gefunden zu haben glaubt.

In einem monarchischen Staat ist die Lösung einer solchen fundamentalen Frage zunächst Aufgabe der Regierung. Deshalb wenden sich in Deutschland heute alle Blicke fragend nach oben. Der einzelne kann nur anregend oder aufklärend wirken, die Führung, die Entscheidung gehört der monarchischen Staatsleitung. Erst wenn sich diese dauernd ihrer Aufgabe nicht gewachsen zeigt, denkt das Volk an Selbsthilfe. Im Interesse der Monarchie liegt es aber, daß ein solcher Zeitpunkt in Deutschland niemals eintrete.

Wie und wo aber kann die Regierung den Hebel ansetzen, ohne den wohlgefügteten Bau Deutschlands zu erschüttern? Verfassungsänderungen sind immer gefährliche Operationen, namentlich in einem so jungen Staatswesen, wie es das deutsche Reich ist. Wer dazu schreiten muß, der sehe wohl zu, daß er das Messer an der richtigen Stelle ansetze und den Schnitt nicht tiefer mache, als zur Heilung unbedingt nötig ist.

Wer wie das deutsche Volk jetzt unter dem Eindruck steht, den das unbefriedigende Scheinleben unsers Reichstags in den letzten Monaten auf alle Kreise gemacht hat, wer die völlige Unfruchtbarkeit der Verhandlungen, die Furcht vor jeder ernstern Entscheidung, den Mangel an allem eignen Vorgehen, den Wirrwarr der Meinungen, die leeren Bänke, das Sichbreitmachen einzelner parlamentarischer Routiniers, die Unfähigkeit, selbst die wichtigsten Fragen, wenn sie von einem Fraktionsgegner angeregt werden, ernst und sachlich zu behandeln, kurz, das ganze politische Babel in unserm Parlament täglich bitter empfunden hat und mit den leidenden Berufsständen unsers Volkes in den Erlösungsruf (!) nach Interessenvertretung einstimmt, der wird dabei natürlich an eine anderweitige Organisation des Reichstags, an Änderung der Wahlordnung u. s. w. denken. Änderung des Reichstags und Umwandlung in eine Interessenvertretung — das ist der naheliegende Gedanke, der heute unausgesprochen in den Köpfen von Millionen deutscher Bürger klingt.

Und doch, wer hätte heute wirklich die Macht und den Mut, den Kampf mit dem allgemeinen Stimmrecht aufzunehmen! Die Zeit hierfür scheint uns vorüber oder — vielleicht noch nicht gekommen. Fürst Bismarck, im Vollbesitz seiner mächtigen Stellung, hätte es vielleicht ohne Gefahr vermocht, als er einsah, daß das von ihm zur Bekämpfung des gefürchteten fürstlichen Partikularismus in die Reichsverfassung eingefügte allgemeine Stimmrecht ebenso überflüssig wie gefährlich war. Er hat den Versuch nicht gemacht — aus welchen Gründen, entzieht sich zur Zeit noch der Beurteilung. Heute, nachdem auch die ruhigen Massen des Volkes zum Bewußtsein der ihnen durch das allgemeine Stimmrecht verliehenen Macht gekommen sind, wäre der Versuch für seine Nachfolger unendlich gefährlicher, abgesehen davon, daß niemand unter

ihnen bisher hat erkennen lassen, daß er zu einem solchen Kampfe den Mut, die Willenskraft und die schöpferische Gestaltungskraft besitze. Die letzte Eigenschaft ist aber die wichtigste für den zukünftigen Reformator des allgemeinen Stimmrechts. Kühner Mut, zähe Energie würden sich finden, sobald erst ein Reformator erstanden wäre, der uns mit prophetischem Scharfblick sagen könnte, durch welche wirklich lebenskräftige Institution das allgemeine Stimmrecht zu ersetzen sei. Hier stehen wir aber in Deutschland vor einer absoluten Leere. Auch nicht der Schatten eines annehmbaren Gedankens darüber, welche bessere Organisation des Wahlrechts und der Vertretung das allgemeine Stimmrecht ersetzen könnte, ist bisher aufgetaucht. Wer aber an den Grundlagen unserer politischen Organisation rütteln will, der muß vor allen Dingen wissen, auf welche festern Grundlagen er unsern Staatenbau gründen will, wenn er nicht auf Sand bauen und das ganze Gebäude zum Wanken bringen will. Die bloße Erkenntnis der offenkundigen Mängel unsers Verfassungsbaues, namentlich der Unvereinbarkeit des allgemeinen Stimmrechts mit dem dauernden Bestand einer sozialen Monarchie genügt nicht. Wir würden in wahnwitzige Bahnen einlenken, wenn wir einreißen wollten, ehe wir wissen, ob wir besser und fester wiederbauen können. Das wäre sozialdemokratisches Gebahren, aber kein monarchisch-staatserhaltendes. Für uns ist deshalb jede Änderung der Reichsvertretung und der Reichswahlordnung zur Zeit noch ultima ratio, die erst dann in Frage kommen könnte, wenn der Krieg unvermeidlich geworden wäre.

Und doch verlangt das Volk von Tag zu Tag dringender nach einer wirksamen Vertretung seiner wirtschaftlichen Interessen und beginnt schon vereinzelt seine Unzufriedenheit mit den bestehenden wirtschaftlichen Zuständen auf die Staatsleitung zu übertragen! Wir fragen jeden ernstesten deutschen Mann: Soll diese Entfremdung von Minute zu Minute wachsen? Wohin soll es führen, wenn sich die konservativsten Teile des Volkes innerlich mehr und mehr von König und Vaterland abwenden? Hier muß Abhilfe geschafft werden, wenn die Zustände nicht haltlos werden sollen. Daß Bürokratie und Parlament dem nicht gewachsen sind, fühlt jeder deutsche Bürger und Landmann heute instinktiv. Wer nicht einen Strohalm sein eigen nennt, wer mit dem Volks- und Erwerbsleben der Nation gar keine persönliche Fühlung hat, kann selbst beim besten Willen für die Leiden des Volkes kein wirkliches Verständnis haben, es fehlt ihm eben an dem geeigneten Organ der Erkenntnis. Wohl kann man ohne ein solches die statistischen Tabellen über Einfuhr und Ausfuhr, über Erzeugung und Verbrauch virtuos beherrschen. Aber die Hauptsache: wie diese toten Zahlen auf Volkswohl und Volkswehe wirken, bleibt dem reingezüchteten Bürokraten fremd. Denn Volkswohl und Volkswehe gehören zu jenen wunderbaren „Imponderabilien,“ die wie Feuer, Licht und Elektrizität die gewaltigsten Kräfte in sich schließen, die sich aber nicht nach Zahl und Gewicht bestimmen lassen, sondern nur mit dem Auge wahrgenommen,

mit den Nerven gefühlt werden können. Der begabteste Staatsmann, der hierfür kein Organ hat, ist ein Verhängnis, mag er sonst von Wohlwollen und den besten Absichten triefen.

Wenn aber Bürokratie und Parlament versagen, so folgern wir daraus mit Notwendigkeit, daß in unsern Staatsorganismus ein Organ eingefügt werden muß, das berufen und befähigt ist, die Vermittlung zwischen dem sozialen Leben der Nation und der bestehenden Gewalt der Gesetzgebung zu übernehmen und in allen wirtschaftlichen Fragen den eigentlichen Ausschlag geben muß!

Wir haben uns nun die Frage vorgelegt, ob und wo in die Reichsverfassung ohne Störung für die bestehende Organisation ein solches Organ eingefügt werden könne, und wollen versuchen, darauf Antwort zu geben. Daß es an einem solchen Organ in der Reichsverfassung fehlt, hat Fürst Bismarck mit seiner wunderbaren Feinfühligkeit für öffentliche Dinge längst herausgefunden und durch Einführung des Volkswirtschaftsrats zu ergänzen versucht. Der Versuch ist aber mißlungen, weil dem neugeschaffnen Institut jede gesetzliche Funktion fehlte. Es war nur eine neue Art von Bürokratie geschaffen, die für die Regierung zeitweise vielleicht Wert hatte, im Volke aber nicht einmal einen succès d'estime erringen konnte. Denn eine Interessenvertretung, die nichts zu sagen hat, die dem Volke von der höhern Bürokratie diktiert ist, die man nach Belieben fragen und nach Hause schicken kann, je nachdem sie für die leitenden Männer bequem oder unbequem wird, ist für das Volk wertlos. So war der Volkswirtschaftsrat von Anfang an ein totgebornes Kind, er konnte seinen Zweck nicht erfüllen, dem Volke eine Bürgschaft dafür zu geben, daß in wirtschaftlichen Fragen die wirtschaftlichen Volksinteressen allein ausschlaggebend sind. Man wird also die Lösung der Aufgabe auf einem andern Wege suchen müssen.

Bei dieser Sachlage möchten wir die Aufmerksamkeit auf den Bundesrat lenken und die Frage aufwerfen, ob nicht durch eine repräsentative Erweiterung und Umgestaltung des Bundesrats eine Einrichtung geschaffen werden könnte, die ohne weitem Eingriff in die Bundesverfassung dem Volke die unabweisbar notwendig gewordne Vertretung seiner wirtschaftlichen Interessen gewährte und gleichzeitig ein Gegengewicht gegen die im Reichstag von Jahr zu Jahr wachsenden rein demagogischen Strömungen bieten könnte. Unser Gedanke hierbei ist nicht, den Bundesrat in eine Art volkswirtschaftliches Oberhaus zu verwandeln. Möge der Bundesrat in politischen und Verwaltungsfragen seine jetzige Kompetenz und Organisation behalten, für Änderungen nach dieser Richtung hat sich bisher trotz der vielfach auseinandergehenden Meinungen über seinen Wert und Unwert kein klares, zweifelloses Bedürfnis ergeben. Wir möchten vielmehr die Frage anregen, ob nicht dem Bundesrat für seine Entscheidungen in allen Fragen volkswirtschaftlicher Natur ein aus

freier Wahl der Hauptberufsstände hervorgehender Beirat mit vollem Stimmrecht zur Seite gestellt werden könnte. Die Mitglieder dieses Beirats würden nach dem jetzigen Steuerverhältnis der Reichsverfassung auf die einzelnen Bundesstaaten zu verteilen sein und in diesen durch Wahl der bereits bestehenden oder zu schaffenden Berufsorganisationen (Handelskammern, Gewerkekammern, Landwirtschaftskammern) zu wählen sein. Die Einberufung des großen Bundesrats würde jederzeit dann einzutreten haben, wenn es von der Reichsregierung angeordnet oder von einer gewissen Stimmzahl im kleinen Bundesrat hinsichtlich der zur Beratung stehenden Fragen verlangt wird.

Die jetzigen Funktionen des Bundesrats könnten durch eine derartige Erweiterung kaum beeinträchtigt werden, seine Stellung würde der Reichsregierung wie dem Reichstage gegenüber sehr an Bedeutung gewinnen, er würde an Rückgrat wie an Sachkenntnis wachsen und bei der steigenden Bedeutung der wirtschaftlichen Fragen für das Leben der Nation vielleicht der ausschlaggebende Faktor werden. Der Grundgedanke des Bundesrats ist schon heute Interessenvertretung, Schutz der berechtigten Interessen der Einzelstaaten gegen Majorisierung durch die Allgemeinheit. Jeder Zuwachs, den er in dieser Richtung erhielte, würde nicht bloß den wirtschaftlichen Interessen der einzelnen Bundesstaaten zu gute kommen und daher von diesen kaum bekämpft werden. Möglich, daß mit der Zeit aus diesem großen Bundesrat ein wirklich machtvolles Oberhaus herauswüchse, dem naturgemäß die Vermittlung und Versöhnung zwischen der monarchischen Spitze und dem demagogischen Unterbau unsrer parlamentarischen Verfassung zufallen würde, die sich heute ganz unvermittelt gegenüber stehen, und deren innere Unvereinbarkeit früher oder später unvermeidlich zu Krisen führen wird. Daß ohne ein solches starkes im Volke selbst wurzelndes Gegengewicht die Monarchie dem heranziehenden demagogischen Ungewitter dauernd werde standhalten können, wird selbst der zuversichtlichste Monarchist kaum zu behaupten wagen. Heute hat die Monarchie nur noch eine unerschütterliche Stütze — das Heer! Ohne dieses wäre der Straßenkampf mit Anarchie und Sozialdemokratie längst entbrannt. Wie lange wird diese Stütze unverfehrt bleiben? „Nicht Roß, nicht Reifige sichern die steile Höh, wo Fürsten stehn!“ heißt es im Preußenliede. Die sicherste Stütze des Thrones liegt auch heute noch in der Liebe und Dankbarkeit des Volkes, die täglich neu aus der Überzeugung geboren werden muß, daß die berechtigten Interessen des Volks ihre beste Stütze im Throne finden.

Wohl nie hat ein Fürst seinen Nachfolgern ein größeres monarchisches Kapital hinterlassen, als Kaiser Wilhelm der Erste und Einzige an jenem 9. Märztag des Jahres 1888. Schier unerschöpflich schien es zu sein. Fünf kurze Jahre sind seitdem verflossen. Wer wie wir unter und mit dem Volke lebt und dabei einen Abscheu gegen jede bewußte Schönfärberei und Fälschung der Wahrheit hat, der wird sich mit Trauer eingestehen, daß der neue Kurs

dieses ungeheure Kapital weder vermehrt noch ungeschmälert erhalten hat. Wir zehren heute vom Kapital, obwohl ein statistisch geschulter Bureaufkrat aus der Thatfache, daß die Bestrafungen wegen Majestätsbeleidigung nicht zugenommen haben, mit überlegener Sicherheit leicht das Gegenteil beweisen könnte. Wo die Schuld liegt, ist schwer festzustellen. Nur so viel steht fest, daß es wesentlich Versäumnisse auf wirtschaftlichem Gebiet gewesen sind, die an diesem Kapital gezehrt haben. Häufig war es auch nur ein unglückliches Wort, das den Ausschlag gab. Wer es den wahrhaft entsetzlichen sozialen und sittlichen Zuständen gegenüber, die das größte Wachstum der Industrie geschaffen haben, wagen kann, die Industrie als Nährmutter des Volkes zu feiern, den wird das Volk hoffnungslos zu den Blindgeborenen rechnen. So trübe aber auch der Blick auf einzelnen Ministerstühlen sein mag, um so klarer leuchtet uns ein Auge vom Thron entgegen. Ihm wird es nicht entgehen, daß es so wie bisher nicht weitergehen kann. Zu ihm schauen wir denn auch hoffnungsvoll in dem Sturm der Zeit auf! Möge die Vorsehung, die die Hohenzollern noch nie verlassen hat, ihnen auch in diesen dunkeln Tagen die Wege zeigen, der wirtschaftlichen Not des Volkes zu steuern! Das hoffen alle ehrlichen Deutschen, die noch nicht vom Dienste des Mammons geblendet sind und nicht aus Ekel vor dem wilden Tanz ums goldne Kalb in Haß und Groll ihr Herz vom Vaterlande abgewandt haben.



Innere Kolonisation

(Schluß)



ei der Durchmusterung der vor Erlaß der Rentengutsgeetze unternommenen Kolonisationsversuche erwähnt Sering zunächst zwei Gründungen von Rittergutsbesitzern, die auf ihren Gütern Kolonisten ansetzten, lediglich zu dem Zwecke, sich Arbeiter zu sichern. Der eine Versuch, wo die Parzellen zu ganz freiem Eigentum verkauft wurden, verlief sehr glücklich für die Kolonisten. Mehrere von ihnen verkauften, nachdem sie es zu etwas gebracht hatten, ihr kleines Anwesen an Nachbarn, um anderwärts eine größere Besitzung zu erwerben, die Zurückbleibenden vergrößerten durch solche Gelegenheitskäufe stetig ihre Gütchen, und mit der Zeit ward aus der ursprünglichen Arbeiterkolonie ein stattliches Bauerndorf, das natürlich dem Gutsherrn keine Arbeiter mehr stellt. Im andern Falle hat der Besitzer die Parzellen nur verpachtet und sich durch raffiniert ausgeklügelte Vertragsbedingungen die Dienste der Kolonisten gesichert,